

**Rede
von**

Dr. Thela Wernstedt, MdL

zu TOP Nr. 19

**Haushaltsberatungen 2021 - Schwerpunkt Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung**

während der Plenarsitzung vom 08.12.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren! Was für ein Jahr!

Ich sage ganz selbstbewusst, dass Sozialpolitik eine tragende Rolle bei der Krisenbewältigung hat und hatte, auch wenn naturgemäß nicht alles gleich gelingen konnte.

Wir in Niedersachsen haben gezeigt, dass wir füreinander da sind, schnelle politische Entscheidungen treffen und durchhalten können. Wir können uns auf unseren öffentlichen Dienst verlassen. Es wurde und wird gearbeitet bis zum Umfallen, und so viele ehrenamtlich Tätige haben Hilfe überall dort geleistet, wo sie nötig war. Das ist bei allen Schwierigkeiten in dieser Zeit und auch bei allem Leid, das zu tragen ist, eine wohltuende Erfahrung.

Ein paar Sätze zum Grundsätzlichen des Sozialhaushaltes:

Sozialpolitik ist in Niedersachsen ein Thema, das große Aufmerksamkeit genießt und finanziell gut ausgestattet ist, obwohl es natürlich auch immer noch besser geht. Das Volumen des Haushaltes im Einzelplan 05 umfasst 5,4 Milliarden Euro. Das sind 15 Prozent des Gesamthaushaltes, und - Kollegin Joumaah hat es gerade gesagt - es ist der zweitgrößte Etat aller Ressorts.

Für das Jahr 2021 investieren wir zusätzliches Geld in die Gesundheitsversorgung und in die Bedingungen der Pflege - Stichwort „KAP.Ni“; wahrscheinlich wird die Ministerin gleich noch dazu ausführen - und legen auch ein besonderes Augenmerk auf den Maßregelvollzug. Das hat Kollege Meyer gerade schon erwähnt.

Rund 2,4 Milliarden Euro fließen in die Eingliederungs- und Sozialhilfe als gesetzlichen Pflichtbereich. Knapp 88,4 Millionen Euro stehen für freiwillige Leistungen zur Verfügung. Wichtig ist in diesem besonderen Jahr: Trotz der Einsparauflagen gibt es keine relevanten Einsparungen bei uns. Wir geben über das Krankenhausinvestitionsprogramm 500 Millionen Euro in die niedersächsischen Krankenhäuser. Das ist auch jenseits einer Pandemie zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung wichtig.

In dieser Krise hat sich noch einmal besonders gezeigt, welche starke Partner unsere Krankenhäuser mit ihren fachkompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Medizin, Pflege, Physiotherapie und anderen Gesundheitsberufen sind. Wir können uns auf sie verlassen, und wir können stolz auf ihre gute Ausbildung und ihre Motivation sein, bestmöglich für andere Menschen zu arbeiten.

Die Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen“ ist auf der Zielgeraden. Die Arbeit

wurde im Frühjahr unterbrochen, weil alle Mitglieder zur Bewältigung der Pandemie in ihren jeweiligen Funktionen gebraucht wurden. Wir ergänzen gerade den Bericht um die Erfahrungen aus der Krise und können dann im März hier im Plenum darüber debattieren. Danach wird es an die politische Umsetzung gehen.

Durch die Nachtragshaushalte haben wir dafür gesorgt, dass Schutzausrüstungen, die Kofinanzierung des Zukunftsprogramms Krankenhäuser des Bundes und der Corona-Pflegebonus auch überjährig finanziert werden.

Einen besonderen Schwerpunkt legt die SPD-geführte Landesregierung auf die Stärkung der Teilhabe. Mit 2,5 Milliarden Euro wird das Bundesteilhabegesetz auch im Jahr 2021 in Niedersachsen umgesetzt. In diesem Zusammenhang freuen wir uns besonders, dass es endlich gelungen ist, das Landesblindengeld weiter anzuheben. Es wurde Zeit.

Eine Dauerkrise lässt die Ungerechtigkeiten in einer Gesellschaft stärker hervortreten. Probleme konturieren sich schärfer. Nehmen wir die Situation vieler Frauen: Durch den Teil-Lockdown im Frühjahr ergaben sich massive Verschiebungen des Zeitbudgets zulasten von Familien, insbesondere von Frauen. Diejenige Sorgearbeit, die sonst nach extern gegeben wurde, fiel auf die Familien oder auf die Kinder betagter Eltern zurück. Wir erinnern uns: Schließung der Krippen und Kitas, Wegfall des Präsenzunterrichtes, Schließung der Grenzen - wodurch die Pflegekräfte für betagte Eltern nicht mehr einreisen durften -, Verschiebung der Arbeit ins Homeoffice.

Die Frauen übernahmen in den Familien überwiegend notgedrungen, teils auch freiwillig, den traditionellen Platz, der da heißt: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Sorge um die betagten Älteren *und* Erwerbsarbeit - alles zusammen eine völlige Überlastung. Natürlich gibt es auch Männer, die Sorgearbeit übernehmen. Statistisch sind es aber nach wie vor sehr viel mehr Frauen - besonders in dieser Krise.

Es ist fast vorhersagbar, dass ausgerechnet die Oppositionspartei, deren Frauenanteil nach wie vor sehr niedrig ist, die Finanzierung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in ihrem Haushaltsentwurf zusammenstreicht. Eine beklagenswerte Einstellung der FDP!

Es ist ein interessantes Phänomen, dass in der großen Unsicherheit einer Krise praktisch alle in traditionelle Denkmuster fallen: die Regierenden mit ihren Problemlösungsstrategien und die Bürgerinnen und Bürger in ihrem individuellen Verhalten.

Dazu gehört auch, die Familie als Hort der Sicherheit und Stabilität anzusehen - was sie vielfach auch ist. Eine ganz wunderbare Einrichtung! Aber wir wissen

auch, dass sie es nicht in jedem Fall ist. Da, wo räumlich Enge, wenig finanzieller Spielraum, Existenzsorgen und Machtgefälle in den Beziehungen sind, kommt es unter Lockdown-Bedingungen zur Verschärfung von Gewaltsituationen in Partnerschaften und gegenüber Kindern. Die offiziellen Zahlen der Polizei hinken noch nach. Die Beratungsstellen haben schon ein erhöhtes Aufkommen, und es gibt erste Untersuchungen, die eindeutig auf eine Zunahme der Gewalt gegen Frauen und Kinder hinweisen.

Wir unterstützen in diesem Haushalt mit 9,2 Millionen Euro die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in Niedersachsen. In der Auswertung der Krise wird auch zu schauen sein, wie Angebote noch passgenauer gemacht werden müssen.

Der Staat hat vielen Menschen viel zugemutet, um die Infektionszahlen zu bremsen und das Gesundheitssystem leistungsfähig zu erhalten. Besonders diejenigen, die auf Betreuung und Unterstützung angewiesen sind, weil die häuslichen Verhältnisse anderes aus vielerlei Gründen nicht zulassen, sind abgeschnitten gewesen. Schnell wurde dann die Rede vom „Systemrelevant-Sein“ zum Kampfbegriff in der politischen Arena um Aufmerksamkeit und Ressourcen.

Ich halte wenig davon. Es gibt gute Begründungen, warum in der Dauerkrise Kindertagesstätten, Schulen und Aufenthalte für Jugendliche zugänglich bleiben müssen, wie das jetzt auch passiert. Kinder haben nämlich um ihrer selbst willen einen Anspruch auf Lernen und Entwicklung. Menschen mit Behinderungen brauchen strukturierte Tagesabläufe und die Begegnung mit anderen Menschen dringend, und ihre Familien können das nicht dauerhaft alleine leisten. Deswegen darf es uns nie wieder passieren, dass wir keine ausreichende persönliche Schutzausrüstung für all diese Bereiche haben. Im Moment sind die Lager voll.

Über die Pflege ist schon viel gesagt worden. Ich will im Zusammenhang mit der in Auflösung befindlichen Pflegekammer hier noch anfügen, dass es mir ein besonderes Anliegen ist, dass die Ethikkommission, die an der Pflegekammer angesiedelt ist, erhalten bleiben möge. Wie? Darüber müssen wir noch genauer nachdenken.

Ein paar Worte zu den Haushaltsüberlegungen von Bündnis 90/Die Grünen: Die Fraktion ist großzügig und möchte 28 Millionen Euro mehr ins Ressort geben. Die Sparvorschläge von rund 300.000 Euro beziehen sich ausgerechnet auf Personalstellen im Ministerium für Soziales, das vor Überlastung nicht mehr weiß, wie es arbeiten soll, und bereits 30 Stellen leihweise aus anderen Häusern bekommen hat.

Schulgeldfreiheit für Heilerziehungsberufe ist grundsätzlich zu befürworten, erfordert aber noch viele Verhandlungen mit dem Kultusressort, weil die Zuständigkeit dort liegt.

Gemeinschaftliche Wohnformen für Ältere werden weiterhin von uns unterstützt.

Interessant finde ich, im Gegensatz zum Kollegen Meyer, die Idee, 5 Millionen Euro zur Einführung einer pauschalen Beihilfe für die GKV für Beamtinnen und Beamte zur Verfügung zu stellen.

Meine Kollegin Annette Schütze wird gleich noch weiter zum Thema „Kinder und Jugendliche“ ausführen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.